

## Einwanderung in die Schweiz – anhaltend, nicht nachhaltig

Die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU hat zu einer Immigration geführt, die in der Krise bisher nur teilweise wieder abgenommen hat. Ob diese Entwicklung auf Dauer von gutem sei, ist nicht nur im Schema von Ausländerfeindlichkeit und -freundlichkeit zu diskutieren. Von Christoph Wehrli

Verlassene Quartiere und wegen Abwanderung aussterbende Orte sind etwas Deprimierendes. Insofern darf die Schweiz sich glücklich schätzen, deren Bevölkerung im letzten Jahr um 1,4 Prozent gewachsen ist, und dies fast ausschliesslich infolge des Einwanderungsüberschusses von gut 100 000 ausländischen Personen, also dank ihrer Anziehungskraft. In den letzten zwölf Monaten (bis Ende August), als sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte, war diese Migrationsbilanz (+84 000 Personen) nicht viel weniger positiv. Doch nicht alle Bewohner werden froh darüber sein, dass die Schweiz «zu den dynamischsten Ländern» Europas gehört, wie das Bundesamt für Statistik stolz meldete. Wohin führt es, wenn sozusagen alle paar Jahre eine Stadt Zürich hinzukommt?

### Die Falle der Überfremdungsdiskussion

Selbst die vorsichtige Formulierung des Bundesrats in der Botschaft zu den Bilateralen I (1999), die Personenfreizügigkeit lasse «keine massive Einwanderung erwarten», erscheint heute als unrealistisch. Prognosen sind so oder so eine unsichere Sache. Sichtbar ist bis jetzt, dass die Rückwanderung nicht zugenommen hat. Und wenn der Zuzug aus der EU gegenwärtig schwächer wird, ist zu bedenken, dass die Öffnung auf zehn mittel- und südosteuropäische Mitgliedstaaten noch bevorsteht. Wirksame Beschränkungsmöglichkeiten bietet das Abkommen höchstens noch für einige Zeit.

Das Volk hat zur Personenfreizügigkeit dreimal Ja gesagt – im Bewusstsein, dass ein Nein das ganze europapolitische Gebäude ins Wanken bringen würde. Im Wesentlichen hat nur die SVP, zuerst noch mit von der Partie, zweimal opponiert. Ihre Schreckpropaganda mit «Ausländerkriminalität» und «Sozialmissbrauch» musste allerdings antixenophobe Reflexe auslösen und erschwerte eine nüchterne, umfassende Debatte über die langfristigen Folgen der Einwanderung, welche die Befürworter ihrerseits hauptsächlich unter den Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Nutzens stellten.

Mit Blick auf die Zukunft könnte es sinnvoll sein, Kontroversen um Überfremdung und Integration, Identität und Multikulturalität, Kampf gegen Gewalt und Wahrung der Grundrechte einmal zurückzustellen und die Einwanderung – ohne Bewertung der Ausländer als solcher – als Faktor des Bevölkerungswachstums, des Wachstums überhaupt, zu betrachten. Als Kriterium soll die «nachhaltige Entwicklung» dienen, laut Verfassung ein Zweck der Eidgenossenschaft, ein Ziel mit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Dimension.

### Kehrseiten wirtschaftlicher Vorteile

In wirtschaftlicher Hinsicht erscheint speziell die Personenfreizügigkeit überwiegend vorteilhaft. Die Liberalisierung hat das Produktivitätswachstum offenbar begünstigt, wogegen die gesteuerte Zulassung faktisch strukturschwachen Bereichen zugutegekommen war. Wie lange sich die Schweiz als «Arbeitgeberin» auf einen Attraktivitätsvorsprung verlassen kann, ist eine andere Frage. Wird die Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte stärker, so sind Alternativen zur Einwanderung gefragt. Vorderhand kann die Schweiz aber von Berufsleuten

profitieren, deren Ausbildung sie keinen Rappen gekostet hat. In grenzüberschreitender Sicht ist dies «unsozial», doch ist es eine Folge des gewollten Marktes, der die Chancen auf Beschäftigung ausgleicht. Häufiger ist die Rede von Gewinnern und Verlierern innerhalb des Landes. Es gibt sie bei jedem gesellschaftlichen Wandel, die Einwanderung ist nur einer der Faktoren im Rahmen der Globalisierung.

Relativ eindeutig sieht die Umweltbilanz aus. Die Natur kennt zwar keine territorialen Grenzen, wohl aber die politische Verantwortung, so dass die Ökologie auch im nationalen Raum zu beurteilen ist. Zumal wenn die Immigration die Wirtschaft stärkt, beschleunigt sie Tendenzen wie die Konzentration auf dynamische Regionen, die Ausdehnung der Ansprüche an Wohnraum und Dienstleistungseinrichtungen, die Mobilität in der «Agglomeration Mittelland» und die Umgestaltung der relativ freien Landschaft in eine Freizeitanlage. Von Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist noch wenig zu erkennen, und während über die langfristigen klimapolitischen Ziele gestritten wird, nimmt man die Nichtbeachtung der kürzerfristigen offenbar hin.

### Zusammenhänge mit Bildung und Raumplanung

Wo gibt es Handlungsmöglichkeiten, um Spannungen und Problemen vorzubeugen? Von den Arbeitgebern zu verlangen, inländische Stellensuchende strikt zu bevorzugen, wäre illusorisch. Hingegen sind die verbleibenden ausländerrechtlichen Beschränkungen nicht bei den ersten Friktionen aufzuweichen. So ruft man rasch nach aussereuropäischem Pflegepersonal. Oder es möchten die zuständigen Parlamentskommissionen im Ausländergesetz für Personen mit Schweizer Hochschulabschluss zusätzliche Ausnahmen vorsehen.

Anzusetzen ist vielmehr bei der Ausbildung von Inländern. Zwar kann weder ein allgemein höheres Qualifikationsniveau noch die Wahl bestimmter Berufsrichtungen erzwungen werden. Aber es ist zum Beispiel dringend, die quantitative Beschränkung der Zulassung zum Medizinstudium zu lockern, wie es einzelne Kantone vorhaben, und nicht mehr jeden zweiten Anwärter abzuweisen. Auch könnte die Reaktivierung der Stipendienpolitik mehr geeignete Jugendliche zu einer höheren Ausbildung motivieren. Die Menschen sind allerdings auch im Berufsleben zu halten. So gehört schliesslich auch das «andere Ende», die viel diskutierte Frage des faktischen Pensionierungsalters, in den Kontext der «Versorgung» des Arbeitsmarkts.

Ein anderes Feld ist die Raumplanung, die ausserhalb von Fachkreisen lange erstaunlich wenig zu reden gegeben hat. Wahrscheinlich ist der Glaube an eine geordnete und umweltschonende Bebauung stark geschwunden. Auch lassen Konzepte wie die «Verdichtung» unmittelbar Einschränkungen, auch Kosten erwarten. Volksinitiativen und eine Gesetzesrevision bieten nun die Gelegenheit, die nötige Diskussion zu führen. In den Zusammenhang der Siedlungsstruktur gehört sodann der Verkehr. Wird er eigentlich zu Recht flächendeckend gefördert, wird er verursachergerecht finanziert?

---

### *Heilige Kuh Pragmatismus*

Dies alles sind nur punktuelle Andeutungen und Fragen. Sie mögen zeigen, dass Einwanderung in einem Geflecht von sich gegenseitig beeinflussenden Entwicklungen steht. Das Weggli und der Fünfer, Vertrautheit und Fortschritt, sind meistens

nicht beide zu haben. Zu einem Teil sind die Entwicklungen indessen abhängig von politischen Entscheiden oder auch Nichtentscheiden. Technokratische Planungskorsette liegen uns fern. Doch ein längerfristiges und über das Bruttoinlandprodukt hinaus gerichtetes Denken sollte auch im Land des Pragmatismus nicht verpönt sein.